

**„Der Landesintegrationsrat NRW verurteilt terroristische Angriffe
und Kriegshandlungen gegen Zivilisten“**

*Stellungnahme des Landesintegrationsrates NRW vom 2. Dezember 2023
zu den Auswirkungen des Konflikts in Israel und Palästina*

Der Landesintegrationsrat NRW verurteilt jedwede Terrorakte sowie Gewalt. „Die Anschläge in Israel und die Bombardierung der Zivilbevölkerung in Palästina sehen wir mit Abscheu und tiefer Anteilnahme für die Opfer und deren Angehörige. Beifalls- und Unterstützungsbekundungen für Angriffe jeder Art sind fehl am Platz“, erklärt Tayfun Keltek, Vorsitzender des Landesintegrationsrates NRW mit Blick auf die zahlreichen Demonstrationen in Deutschland und Nordrhein-Westfalen vor dem Hintergrund des Konfliktes in Israel und Palästina.

Der Landesintegrationsrat NRW setzt sich für das friedliche gleichberechtigte Zusammenleben und den Zusammenhalt der Menschen in Nordrhein-Westfalen ein, unabhängig von ihrer Herkunft, Sprache, Religion, politischer oder sexueller Orientierung. Die Radikalisierung und Instrumentalisierung des politischen Diskurses in Deutschland beobachtet er daher mit großer Sorge. Der Landesintegrationsrat NRW spricht sich entschieden gegen jeden Antisemitismus, antimuslimischen Rassismus und jede Menschenfeindlichkeit aus. „Antisemitische Hetze und Vorfälle sind scharf zu verurteilen. Ebenso schändlich ist es, den Nahostkonflikt für einen populistischen Rundumschlag gegen Muslime zu missbrauchen. Das spielt Rassisten in die Hände und untergräbt das friedliche Miteinander in Nordrhein-Westfalen“, so Keltek.

Die irreführende und pauschalisierende Verknüpfung zwischen Zugehörigkeit zum Islam, Terrorismus und Antisemitismus ist unzulässig. „Vielmehr muss im Mittelpunkt der politischen Debatte eine differenzierte Betrachtung der Menschen mit internationaler Familiengeschichte, ihres Lebens, ihrer Zugehörigkeiten, ihrer positiven Gestaltungskraft und ihrer Potenziale für die gesamte Gesellschaft in Nordrhein-Westfalen stehen. Ebenso sollte die Komplexität der Lage in Israel und Palästina aus vielfältigen Perspektiven in der Öffentlichkeit analysiert werden“, führt Keltek fort.

Der Landesintegrationsrat NRW bedauert außerordentlich, dass der seit Freitagmorgen, 24. November 2023 geltende Waffenstillstand nicht erneut verlängert wurde. „Es muss ein friedlicher Dialog erfolgen. Die Erhaltung des Waffenstillstands ist eine notwendige Voraussetzung, damit die bedürftigen Zivilisten in der Region von den humanitären Hilfen unverzüglich erreicht und versorgt werden können“, so Tayfun Keltek abschließend.